

1 Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland

1.1 Definitionen, verwendete Datenquellen und Rahmenbedingungen des Migrationsgeschehens

Unter Migration versteht man im Allgemeinen die vorübergehende oder dauerhafte Veränderung des Lebensmittelpunkts bzw. Wohnorts von Menschen. Migrationsbewegungen innerhalb eines Landes oder einer bestimmten geografischen Region werden als Binnenmigration bezeichnet. Von internationaler Migration spricht man, wenn der Wohnortwechsel über Staatsgrenzen hinweg geschieht. Die Migrationsarten sind vielfältig und hinter Migrationsentscheidungen steht eine Vielzahl von unterschiedlichen Motiven. Im Folgenden wird die internationale Migration von und nach Deutschland (Außenwanderung) näher betrachtet, auf die Binnenmigration innerhalb Deutschlands wird dagegen nicht eingegangen.

Um die Migrationstrends möglichst umfassend darzustellen, werden im Migrationsbericht unterschiedliche Datenquellen genutzt. Im folgenden Kapitel wird die Migration nach Deutschland zunächst anhand der amtlichen Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes dargestellt. Deren Grundlage bildet die seit 1950 bestehende amtliche Zu- und Fortzugsstatistik. Die Erfassung der Wanderungsfälle beruht auf den An- und Abmeldungen bei einem Wohnungswechsel über die Gemeinde- oder Bundesgrenzen nach melderechtlichen Regelungen.³ Ausnahmen gelten für Mitglieder der diplomatischen und konsularischen Vertretungen ausländischer Staaten mit ihren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen und für Personen, für die in völkerrechtlichen Übereinkünften eine Befreiung festgelegt ist. Für sie besteht keine Meldepflicht.

Die Wanderungsstatistik Deutschlands erfasst die Wanderungsfälle, so wird beispielsweise eine doppelte An- und Abmeldung derselben Person auch zweimal erfasst. Daher fällt die Zahl der von der Statistik erfassten Wanderungsfälle stets etwas größer aus als die Zahl der tatsächlich gewanderten Menschen. Personen, die sich nicht an die melderechtlichen Regelungen halten, gehen nicht in die Zu- und Fortzugsstatistik ein. So melden sich beispielsweise nicht alle Personen ordnungsgemäß ab, die aus Deutschland fortziehen. Diese fehlenden Abmeldungen werden zwar teilweise durch die von den Meldebehörden durchgeführten „Abmeldungen von Amts wegen“ nachgeholt, dennoch gibt es keine Möglichkeit, die genaue Zahl für die unterlassenen Abmeldungen abzubilden. Gleichzeitig enthält die Zuzugsstatistik eine unbestimmte Anzahl von Personen, die sich ihrer Meldepflicht entziehen, nicht.

Bei der An- und Abmeldung werden unter anderem folgende personenbezogene Merkmale erhoben: Herkunfts- und Zielort (alte und neue Wohngemeinde), Geschlecht, Familienstand, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geburtsstaat bei Geburt im Ausland und rechtliche Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Bei Zuzug aus dem Ausland wird gegebenenfalls das Datum des dem Zuzug vorangegangenen Fortzugs vom Inland ins Ausland und seit 2014 bei Fortzug ins Ausland

³ § 15 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) ermöglichte den Bundesländern Ausnahmen von der allgemeinen Meldepflicht, vgl. BMI/BAMF 2012: 12. Mit dem am 3. Mai 2013 verabschiedeten Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens (MeldFortG) wurde mit dem neu geschaffenen Bundesmeldegesetz (BMG) eine Vereinheitlichung des deutschen Meldewesens mit bundesweit geltenden Vorschriften für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die mit dem Vollzug des Melderechts befassten Behörden geschaffen (vgl. BGBl. 2013 Teil I Nr. 22, 1084). Nach § 27 Abs. 2 BMG gilt eine Ausnahme von der Anmeldepflicht für Aufenthalte bis zu 3 Monaten für Personen, die sonst im Ausland wohnen, wenn nicht eine der in § 27 Abs. 3 BMG genannten Gegenausnahmen greift.

das Datum des vorangegangenen Zuzugs aus dem Ausland erfasst.⁴ Personen, die neben der deutschen noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, gehen nur als Deutsche in die Statistik ein.

Nach der Definition der Vereinten Nationen (UN)⁵ spricht man von Langzeitmigration, wenn eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr in ein anderes Land verlegt. Dieser Zeitraum fand auch Eingang in die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz vom 11. Juli 2007 (Verordnung (EG) Nr. 862/2007).

In Deutschland stellt das entscheidende Kriterium der Wanderungsstatistik die An- oder Abmeldung dar, unabhängig davon, wie lange der Aufenthalt dauert. Daher ist in Deutschland der Bezug einer Wohnung für den Eingang in die Zu- und Fortzugsstatistik ausschlaggebend. Oft steht nicht von vornherein fest, ob eine zugewanderte Person auf Dauer oder nur temporär im Land bleibt, dies lässt sich häufig nur im Nachhinein feststellen. So werden beispielsweise auch Asylantragstellende grundsätzlich als zugewanderte Personen gezählt, auch wenn ihr Aufenthalt in nicht wenigen Fällen nur vorübergehend ist. Aus einem ursprünglich kurzzeitig geplanten Aufenthalt kann jedoch auch eine dauerhafte Niederlassung im Zielland werden. Lediglich bei den temporären Aufenthalten aus Beschäftigungsgründen, also durch ein Anwerbeabkommen, Werkvertrag oder für saisonal Beschäftigte, ist die Befristung des Aufenthalts von Anfang an rechtlich vorgegeben.

Zusätzlich zur Wanderungsstatistik kann auch das Ausländerzentralregister (AZR) als weitere Datenquelle zur Betrachtung des Migrationsgeschehens herangezogen werden.⁶ Im AZR werden alle ausländischen Staatsangehörigen im Hinblick auf ihren Aufenthaltsstatus in Deutschland registriert, die sich längerfristig – d. h. in der Regel länger als 3 Monate – in Deutschland aufhalten. Seit Anfang 2006 ist anhand des AZR durch die Aufnahme neuer Speichersachverhalte (Erfassungskriterien) eine differenziertere Darstellung des Migrationsgeschehens möglich. Dies betrifft insbesondere die Erfassung der rechtlichen Grundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von ausländischen Personen nach dem Aufenthaltsgesetz.⁷

Da das AZR eine Differenzierung der Einreise und des Aufenthalts nach Aufenthaltszwecken⁸ und die Ermittlung der Aufenthaltsdauer ermöglicht, können auch Aussagen über die Größenordnung der längerfristigen Zuwanderung getroffen werden. So handelt es sich bei fast allen Formen der Erwerbsmigration um eine zunächst temporäre und nicht dauerhafte Zuwanderung, da die Aufenthaltsdauer (abgesehen von den Titeln zur Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche) zunächst an die Dauer des Arbeitsverhältnisses gekoppelt ist. Allerdings besteht die Möglichkeit der Verlängerung und später der Verstetigung (Niederlassungserlaubnis) des Aufenthaltstitels zu Erwerbszwecken. Zudem ist auch ein Statuswechsel möglich, darunter versteht man den Wechsel des Aufenthaltstitels (z. B. in den Aufenthalt aus familiären Gründen).⁹

⁴ § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungstatistikgesetz – BevStatG).

⁵ Vgl. United Nations 1998: 10.

⁶ Durch das Zuwanderungsgesetz wurde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Wirkung zum 1. Januar 2005 die Registerführung für das AZR übertragen. Das Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln ist technischer Dienstleister und nimmt das operative Geschäft wahr. Es verarbeitet und nutzt die Daten jedoch im Auftrag und nach Weisung des BAMF (§ 1 Abs. 1 AZRG – Gesetz über das Ausländerzentralregister).

⁷ Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von ausländischen Personen im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).

⁸ Eine Differenzierung nach Aufenthaltszwecken ist nur bei Drittstaatsangehörigen (also Personen, die nicht EU-Staatsangehörige sind) möglich.

⁹ Vgl. Grote/Vollmer 2016.

Da die Daten des AZR personenbezogen sind und nur Personen registriert werden, die sich länger als 3 Monate in Deutschland aufhalten (§ 2 Abs. 1 AZRG „Aufenthalt nicht nur vorübergehend“), sind die Zu- und Abwanderungszahlen auf Basis des AZR niedriger als die auf An- und Abmeldungen basierenden, fallbezogenen Zahlen der Wanderungstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Im Folgenden wird ein Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland anhand der amtlichen Wanderungstatistik gegeben. Anschließend erfolgt in den weiteren Unterkapiteln eine Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach verschiedenen Kriterien (Herkunfts- und Zielland, Staatsangehörigkeit, Bundesländer, Alter, Geschlecht, Aufenthaltszweck).

Auswirkungen des Brexit

Zum 1. Februar 2020 trat das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union aus. Zwischen diesem Austrittsdatum und dem 31. Dezember 2020 wurde zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich eine Übergangsphase vereinbart, in der die EU-Freizügigkeit für Staatsangehörige des Vereinigten Königreiches weiterhin galt. Daher wurde für das Berichtsjahr 2020 das Vereinigte Königreich im Migrationsbericht nach wie vor zu den EU-Staaten gezählt. Durch diese Vorgehensweise kann es für 2020 zu Abweichungen zwischen dem Migrationsbericht und den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes kommen. Einerseits zählen auch dort Staatsangehörige des Vereinigten Königreiches bis einschließlich 31. Dezember 2020 als freizügigkeitsberechtigte Personen. Bei Auswertungen nach der Staatsangehörigkeit hingegen zählt die amtliche Statistik das Vereinigte Königreich bereits seit dem Austritt nicht mehr zur EU. Ab dem Berichtsjahr 2021, also nach dem Ende der Übergangsphase, wird das Vereinigte Königreich einheitlich in der Kategorie „Sonstiges Europa“ als Drittstaat geführt. Damit setzt sich die EU nunmehr aus 27 Mitgliedstaaten zusammen.

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

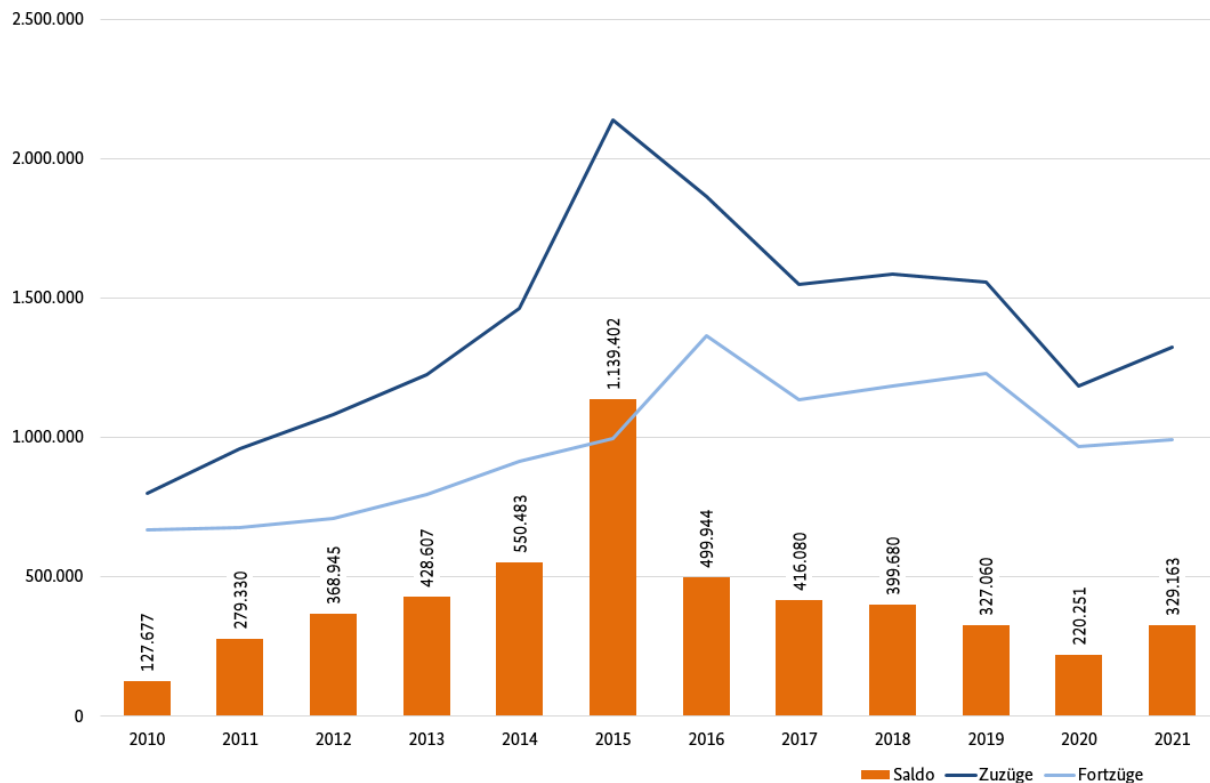
Die weltweiten Reisebeschränkungen mit dem Einsetzen der COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 haben die nationale und internationale Mobilität stark beeinflusst. In Deutschland gab es besonders ab Mitte März 2020 Grenzsicherungen, die das Wanderungsgeschehen beeinflusst haben. Zusätzlich kam es aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zu Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden und verlängerten Fristen für die An- oder Abmeldung, was zu zeitlichen Verzögerungen bei der Erfassung der zu- und abgewanderten Personen führte. Ebenso haben neben den pandemiebedingten Einschränkungen im engeren Sinne auch wirtschaftliche Auswirkungen eine geplante Zu- oder Abwanderung von Personen verhindert oder verschoben. Durch die verspäteten Registrierungen der gemeldeten Wanderungsfälle werden diese teilweise erst in späteren Berichtsmonaten in der Statistik ausgewiesen. Dieser Nachholeffekt kann sich je nach regionalen Einschränkungen oder Regelungen unterscheiden und sich auf die Wanderungsergebnisse von 2020 und (weniger stark) auch noch 2021 auswirken.

Die Ursachen von Flucht und irregulärer Migration wurden durch die COVID-19-Pandemie verstärkt. Die Pandemie hat unter anderem eine weitreichende Wirtschafts- und Hungerkrise ausgelöst: Nach Schätzungen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen wurden allein 2020 130 Millionen Menschen in Krisen- und Flüchtlingsregionen besonders hart getroffen und verstärkt dort bereits bestehende Krisen. Bestandteil des Corona-Sofortprogramms des BMZ für die Jahre 2020 und 2021 in Höhe von 4,7 Milliarden Euro war daher auch die Versorgung von Flüchtlingen, der Ausbau von Maßnahmen zur Gesundheits-

und Wasserversorgung (insbesondere Hygiene) in aufnehmenden Gemeinden sowie die Ernährungssicherung.

1.2 Migrationsgeschehen insgesamt

Abbildung 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands seit 2010^{1, 2, 3}



1) Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

2) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Fortzugszahl 2019 nur beschränkt mit den Werten davor und danach vergleichbar.

3) Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungstatistik

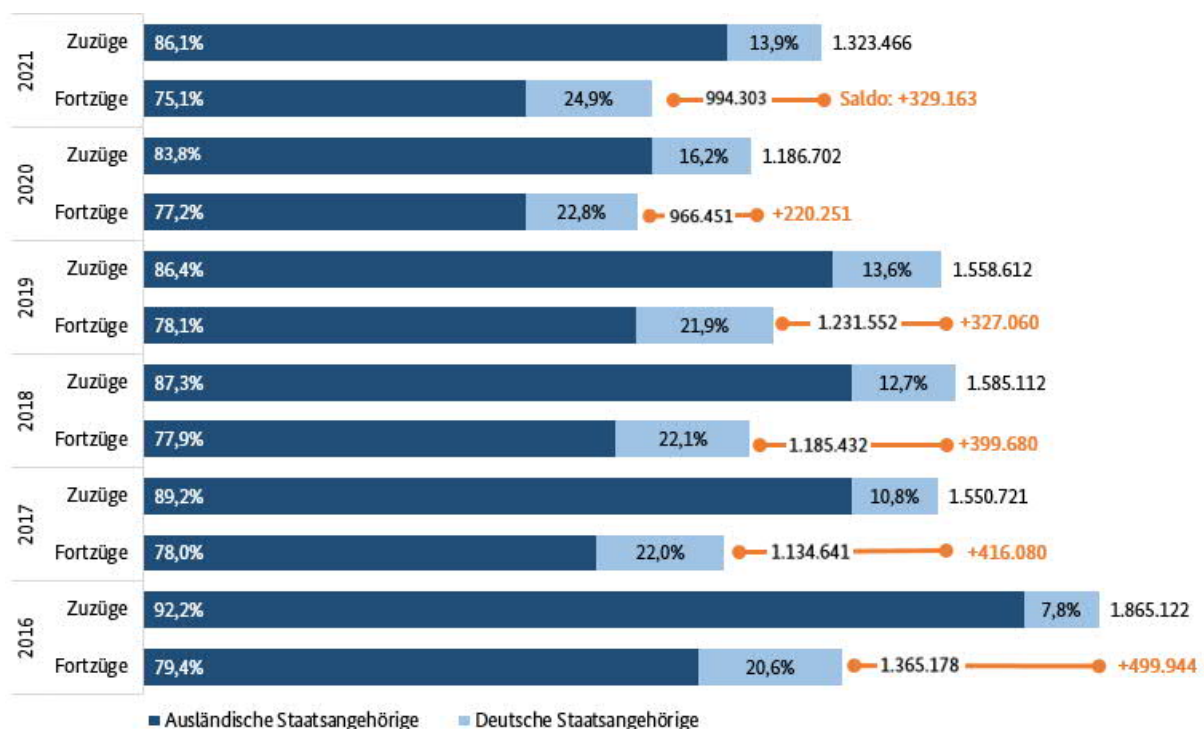
Zwischen 2010 und 2021 wurden rund 16,7 Millionen Zuzüge vom Ausland nach Deutschland registriert. Diese Wanderungszahlen setzten sich aus verschiedenen Migrationsgruppen zusammen wie EU-Staatsangehörigen, Erwerbspersonen, Studierenden, Familienangehörigen sowie Schutzsuchenden mit je unterschiedlichen Anteilen im Zeitverlauf (vgl. Kapitel 3). Im gleichen Zeitraum waren etwa 11,6 Millionen Fortzüge aus Deutschland ins Ausland zu verzeichnen. Damit ergab sich im betrachteten Zeitraum ein Wanderungsüberschuss (Nettomigration) von rund 5,1 Millionen (vgl. Abbildung 1-1 und Tabelle 1-1 im Anhang).

2021 sind 329.163 Menschen mehr nach Deutschland zugewandert als abgewandert, damit ist die Nettomigration deutlich höher als im Jahr 2020 (+220.251 Personen) und erreichte etwa das Niveau vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie (2019: +327.060). 2021 wurden 1.323.466 Zuzüge und 994.303 Fortzüge

erfasst. Im Vergleich zu 2020 ist die Zuwanderung nach Deutschland um 11,5 % gestiegen, die Abwanderung nahm gegenüber 2020 um 2,9 % zu. Die Zunahme der Außenwanderung gegenüber 2020 ist vor allem auf die Zuwanderung ausländischer Personen zurückzuführen: Unter den Zuzügen hatten 1.139.816 Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit, 2020 sind 994.819 Ausländerinnen und Ausländer nach Deutschland zugewandert, damit stieg die Zahl der Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen um 14,6 %. Demgegenüber wurde mit 746.474 Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen annähernd so viele Fälle wie im Vorjahr verzeichnet (2020: 746.212). Die Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen reduzierten sich um 4,3 % von 191.883 im Jahr 2020 auf 183.650 im Jahr 2021. Die Zahl der Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen stieg hingegen um 12,5 % (2020: 220.239, 2021: 247.829).

2021 hatten somit 86,1 % der zugewanderten Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Im Jahr 2015 erreichte der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an der Gesamtzuwanderung mit 94,4 % den höchsten Stand; gleichzeitig war ihr Anteil auch bei den Fortzügen seinerzeit sehr hoch (86,1 %). Seitdem fallen die Anteilswerte der ausländischen Zu- und Abwanderung wieder kleiner aus (vgl. Abbildung 1-2 und Tabelle 1-1 im Anhang).

Abbildung 1-2: Außenwanderungsgeschehen in Deutschland seit 2016^{1, 2, 3}



1) Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

2) Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Fortzugszahl 2019 nur beschränkt mit den Werten davor und danach vergleichbar.

3) Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungstatistik

Der Anteil von deutschen Staatsangehörigen an der Zuwanderung lag 2021 dementsprechend bei 13,9 % (2020: 16,2 %). In längerfristiger Perspektive ist der Anteil von ausländischen Staatsangehörigen an der

Zuwanderung seit 2003 deutlich angestiegen. Grund hierfür ist einerseits der Rückgang der Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen. Diese Personen gehen zum Großteil als Deutsche in die Zuzugsstatistik ein (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 3.7). Andererseits ist der Zuwachs bei ausländischen Staatsangehörigen auf den Anstieg der Zahl der Schutzsuchenden – sowie bereits zuvor – auf verstärkte europäische Wanderungen im Zuge der EU-Beitritte von insgesamt 13 Staaten zurückzuführen (vgl. Tabelle 1-2 im Anhang).

Die Zahl der Zuzüge von Deutschen – dazu zählen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie aus dem Ausland zurückgekehrte deutsche Staatsangehörige – ist im Jahr 2021 mit 183.650 Personen gegenüber dem Vorjahr gesunken (-8.233). Die Zahl der Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen ist auf 247.829 gestiegen (+27.590). Daraus resultiert ein negativer Wanderungssaldo von -64.179 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Jahr 2021 (2020: -28.356).¹⁰ Der Anteil deutscher Staatsangehöriger an der Abwanderung lag im Jahr 2021 bei 24,9 % (2020: 22,8 %). Insgesamt wurden im Zeitraum von 2010 bis 2021 rund 1,8 Millionen Zuzüge von Deutschen registriert, im selben Zeitraum verließen jedoch auch rund 2,4 Millionen deutsche Staatsangehörige das Bundesgebiet.

Die Nettomigration nach Deutschland war seit 2016 rückläufig, dieser Trend wurde 2020 durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie nochmals verstärkt (vgl. Abbildung 1-1 und Abbildung 1-2). Im zweiten Pandemiejahr 2021 ist die Nettomigration jedoch mit +329.163 Personen deutlich höher ausgefallen als im Vorjahr (+220.251) und nähert sich wieder dem Niveau vor der Pandemie.

1.3 Migration nach Herkunfts- und Zielländern sowie Staatsangehörigkeit

Das Migrationsgeschehen nach bzw. aus Deutschland ist seit Jahren vor allem durch Zuwanderung aus bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. So kamen im Jahr 2021 63,8 % aller zugewanderten Personen (2020: 69,1 %) aus einem anderen europäischen Land¹¹ nach Deutschland, davon 46,7 % aus Staaten der EU (ohne das Vereinigte Königreich). 17,2 % der Zugezogenen wanderten aus einem asiatischen Staat zu. Lediglich 4,2 % zogen aus afrikanischen Ländern nach Deutschland und 4,4 % aus Amerika, Australien und Ozeanien (zusammengefasste Kategorie).

Auch bei den Fortzügen war Europa die Hauptzielregion. Etwa zwei Drittel der entsprechenden Personen zogen im Jahr 2021 aus Deutschland in ein anderes europäisches Land (67,9 %, 2020: 67,4 %). 54,0 % wanderten in EU-Mitgliedstaaten ab (2020: 55,7 %). Der Anteil der Fortzüge nach Asien betrug 6,8 %, der nach Amerika, Australien und Ozeanien (zusammengefasste Kategorie) 4,4 %. Nach Afrika wanderten lediglich 2,7 % aller fortziehenden Personen ab (vgl. Abbildung 1-3).

Neben der Differenzierung der Migration nach Herkunfts- und Zielländern kann auch eine Unterscheidung nach der Staatsangehörigkeit der wandernden Personen vorgenommen werden, da sich diese nicht

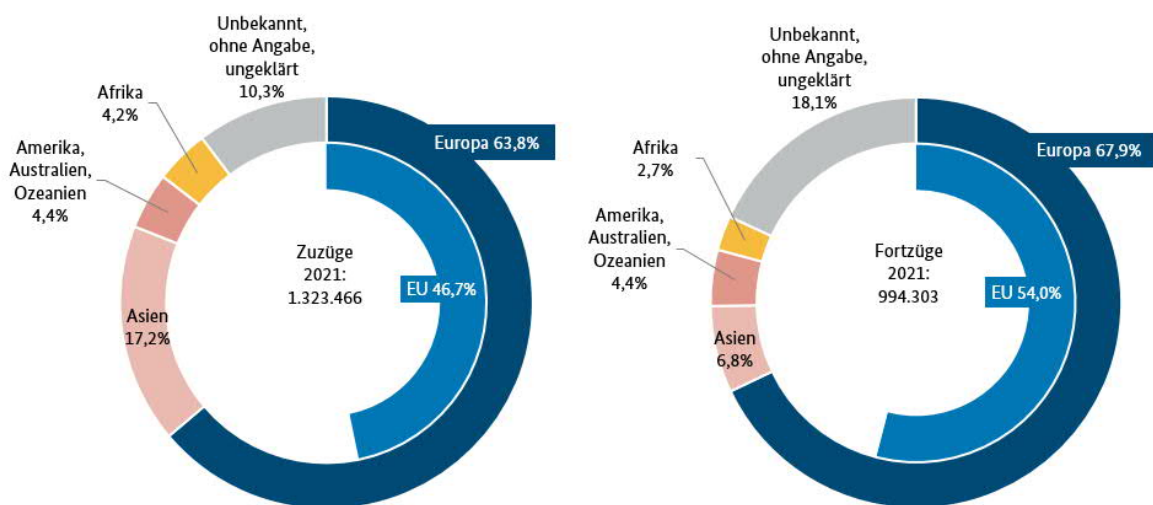
¹⁰ An- und Abmeldungen von Deutschland von/nach „unbekannt“ werden seit 2016 in der Wanderungsstatistik unter der Außenwanderung verbucht. Daraus entstehen höhere Zuzugs- und Fortzugszahlen von Deutschen im Vergleich mit den Vorjahren. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der Rückgang der Wanderungssalden von 2017 und 2018 gegenüber 2016 zum Teil auf diesen methodischen Effekt zurückzuführen ist.

¹¹ Europäische Union und europäische Drittstaaten inkl. der Türkei und der Russischen Föderation (beide werden in den amtlichen Statistiken zu Europa gezählt).

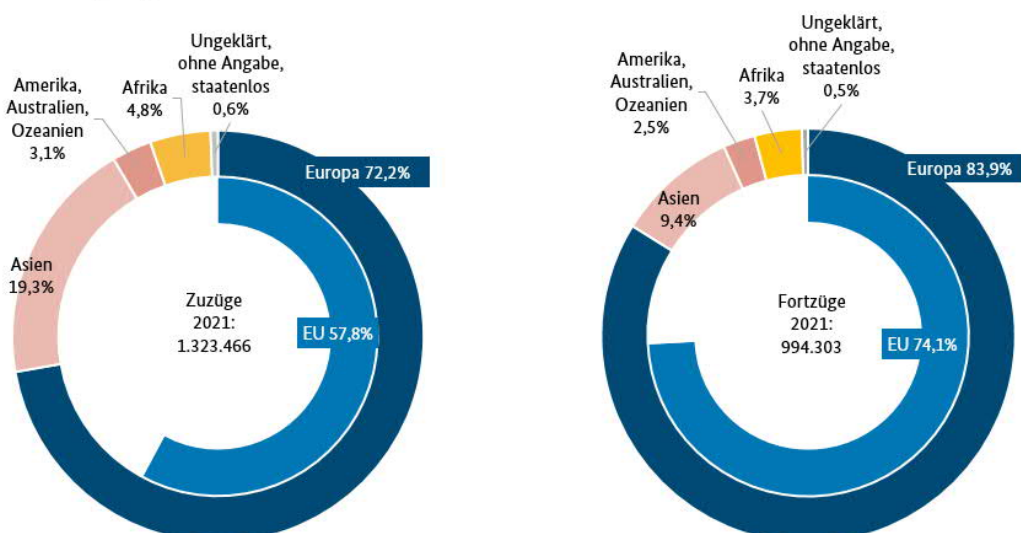
in jedem Fall mit der des Herkunfts- oder Ziellands deckt. So lag 2021 etwa die Zahl der Zuzüge von EU-Staatsangehörigen einschließlich deutscher Staatsangehöriger (765.349) höher als die Zahl der Zuzüge aus der Europäischen Union nach Herkunfts- und Zielländern (618.632). In der überwiegenden Zahl der Fälle sind sich die jeweiligen Daten jedoch sehr ähnlich, daher wird auf die detaillierte Darstellung von Zu- und Fortzügen nach Staatsangehörigkeiten an dieser Stelle verzichtet. Sie wird in den Tabellen 1-6 bis 1-9 sowie in den Abbildungen 1-21 bis 1-22 im Anhang dargestellt. Die EU-Binnenmigration wird ausführlich in Kapitel 2 behandelt.

Abbildung 1-3: Migration nach Herkunfts- und Zielgebieten und Staatsangehörigkeiten im Jahr 2021 im Vergleich

Migration nach Herkunfts- und Zielgebieten



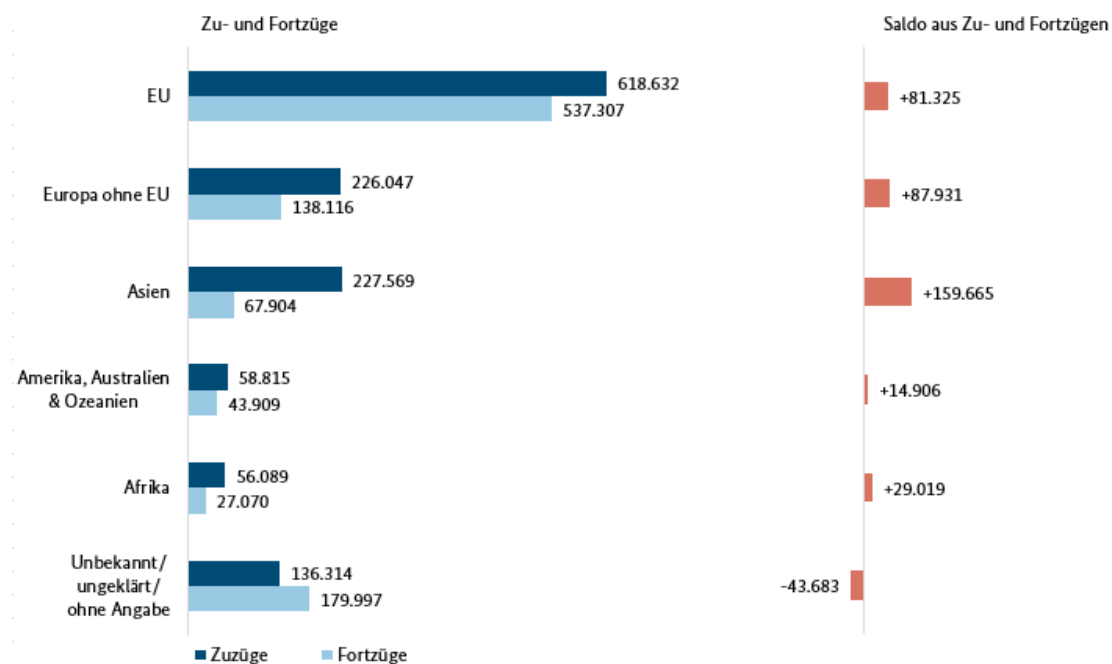
Migration nach Staatsangehörigkeiten



Anmerkungen: Europa inkl. Türkei und Russische Föderation.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-4: Nettomigration nach Herkunfts- und Zielgebieten im Jahr 2021



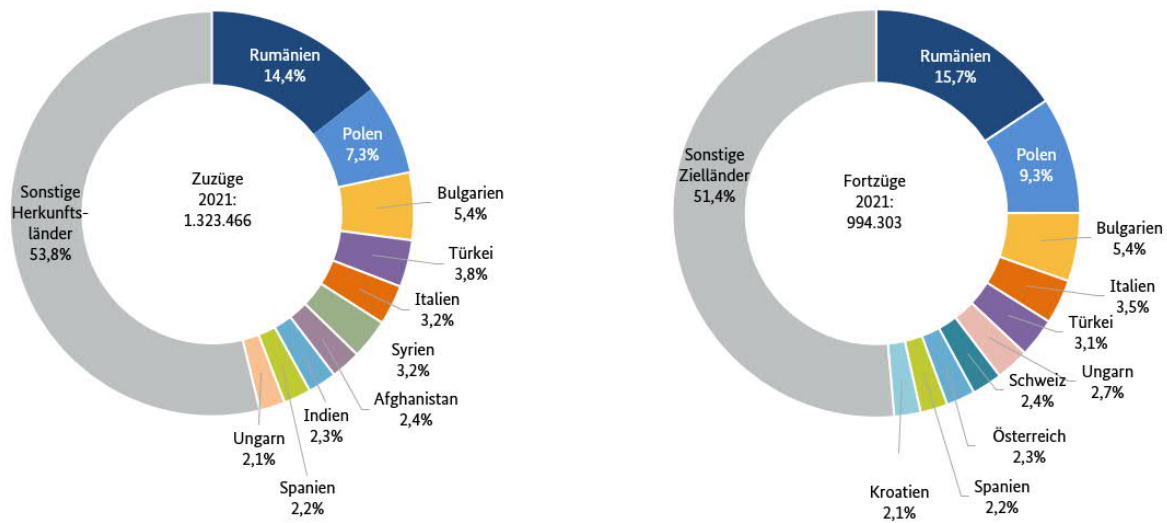
Anmerkungen: Europa inkl. Türkei und Russische Föderation

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Einen detaillierten Überblick über die Herkunfts- bzw. Zielländer und -regionen der Wanderungen über die deutschen Grenzen hinweg vermitteln die Abbildungen 1-3 bis 1-6 sowie die Tabellen 1-3 und 1-4 im Anhang.

2021 ergab sich der größte positive Wanderungssaldo mit +169.256 gegenüber europäischen Herkunftsländern. Deutlich gestiegen ist der Saldo gegenüber asiatischen Staaten mit +159.665 (2020: +62.353). Auch gegenüber afrikanischen Herkunftsländern ist der positive Wanderungssaldo höher als im Vorjahr (2021: +29.019, 2020: +16.949), ebenso für die zusammengefasste Kategorie Amerika, Australien und Ozeanien (2021: +14.906, 2020: +11.864).

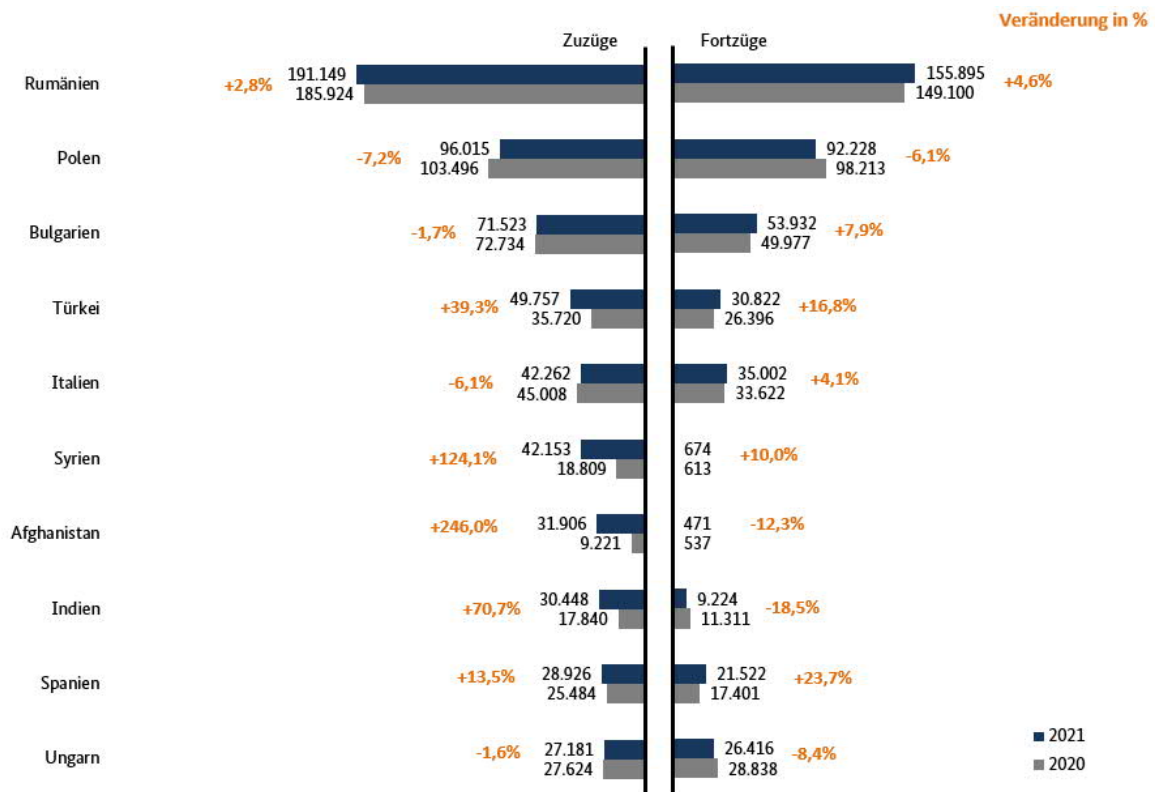
Abbildung 1-5: Migration nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern im Jahr 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Im Jahr 2021 stellte, wie bereits im Vorjahr, Rumänien mit 191.149 Zuzügen das Hauptherkunftsland von Zugewanderten (14,4 % aller Zuzüge) (vgl. Abbildung 1-5). Die Zuwanderung aus Rumänien stieg im Vergleich zum Vorjahr leicht an (2020: 185.924 Zuzüge, +2,8 %). Das zweitgrößte Herkunftsland bildete Polen mit 96.015 bzw. 7,3 % aller Zuzüge nach Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 7,2 % (2020: 103.496 Zuzüge). Das drittstärkste Herkunftsland war Bulgarien mit 71.523 Zuzügen (5,4 %), im Vergleich zu 2020 wurde hier ein Rückgang um 1,7 % verzeichnet (2020: 72.734 Zuzüge) (vgl. Abbildung 1-6).

Abbildung 1-6: Migration 2021 nach den wichtigsten Herkunftsländern im Vergleich zum Vorjahr¹



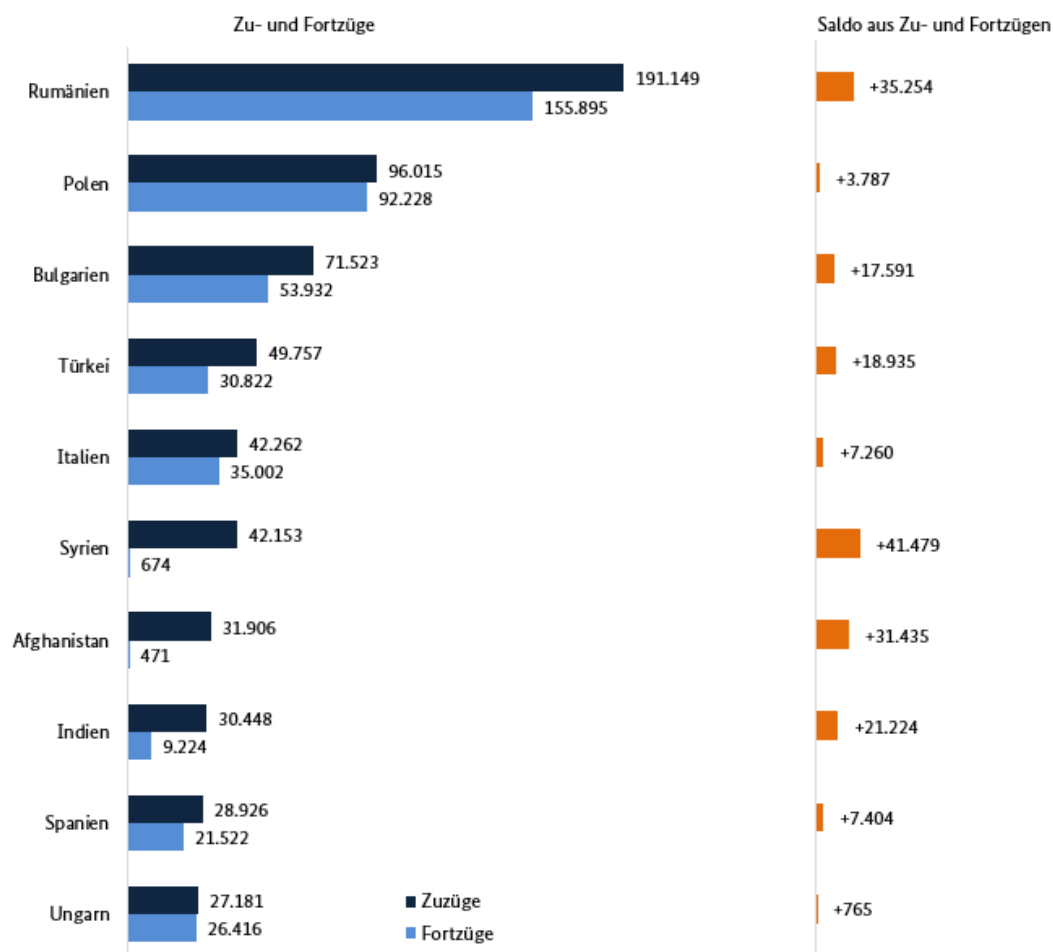
1) Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Die weiteren quantitativ wichtigen Herkunftsländer von Zugewanderten waren 2021 die Türkei (3,8 % bzw. 49.757 Zuzüge), Italien (3,2 % bzw. 42.262 Zuzüge), Syrien (3,2 % bzw. 42.153 Zuzüge), Afghanistan (2,4 % bzw. 31.906 Zuzüge), Indien (2,3 % bzw. 30.448 Zuzüge), Spanien (2,2 % bzw. 28.926 Zuzüge) und Ungarn (2,1 % bzw. 27.181 Zuzüge) (vgl. Abbildung 1-5 und Abbildung 1-6).

Bei den Fortzügen waren im Jahr 2021 wie schon in den Vorjahren Rumänien (15,7 % bzw. 155.895 Fortzüge), Polen (9,3 % bzw. 92.228 Fortzüge) und Bulgarien (5,4 % bzw. 53.932 Fortzüge) die wichtigsten Zielstaaten (vgl. Abbildung 1-5 und Abbildung 1-7 sowie Tabelle 1-3 Anhang). Bei diesen Ländern ist somit ein hohes Wanderungsvolumen feststellbar, d. h. es ziehen sowohl viele Menschen nach Deutschland zu als auch wieder fort. 35.002 bzw. 3,5 % der Fortzüge im Jahr 2021 entfielen auf Italien, 30.822 bzw. 3,1 % auf die Türkei, 26.416 bzw. 2,7 % auf Ungarn und 23.747 bzw. 2,4 % auf die Schweiz. Weitere wichtige Zielländer bildeten mit Anteilen von 2,3 % Österreich, mit 2,2 % Spanien sowie mit 2,1 % Kroatien.

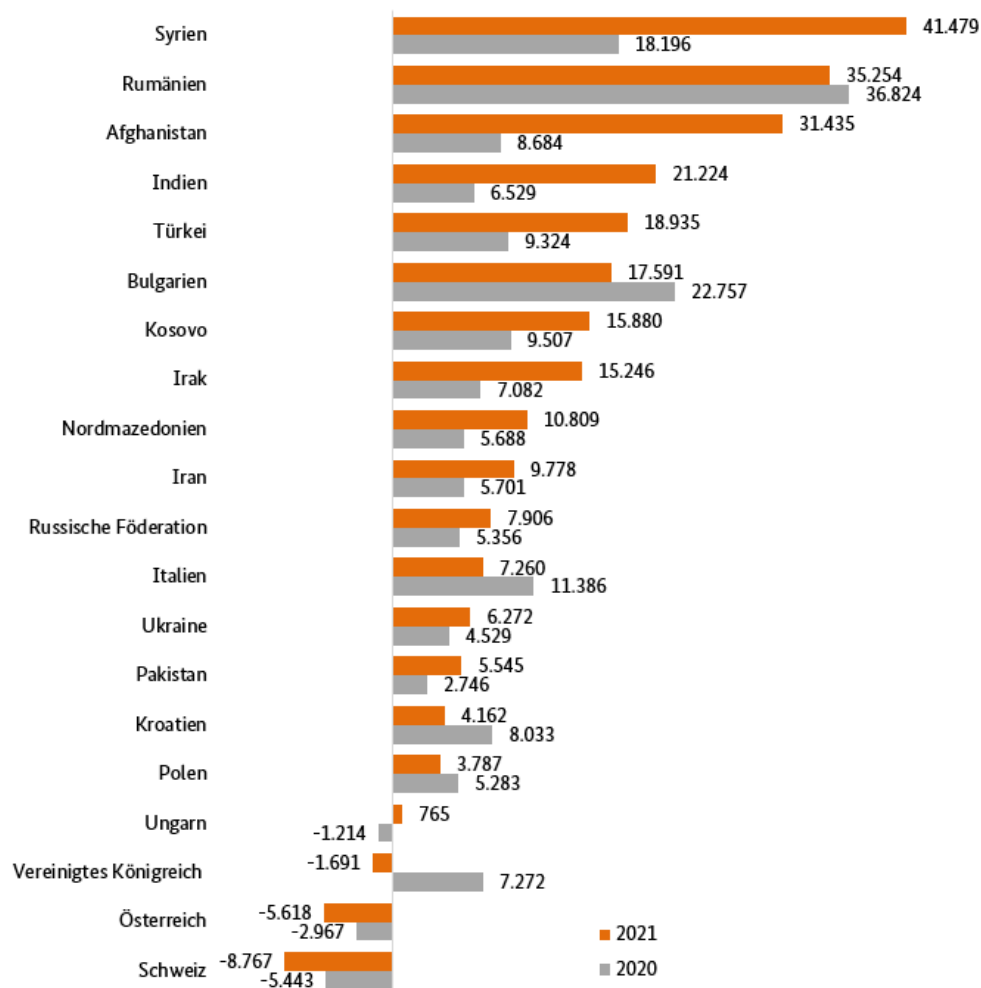
Abbildung 1-7: Migration 2021 nach den häufigsten Herkunftsländern



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Den höchsten Wanderungssaldo mit +41.479 weist im Jahr 2021 Syrien aus, in 2020 lag dieser Wert noch bei +18.196 Personen. Die Wanderungsbewegungen aus Syrien sind im zweiten Pandemiejahr 2021 stark angestiegen, nachdem die Entwicklung der Zuzüge seit 2016 rückläufig war. Mit etwas Abstand folgt Rumänien mit einem Wanderungssaldo von +35.254 (2020: +36.824). Der Wanderungssaldo gegenüber Afghanistan stieg mit +31.435 stieg ebenfalls stark an (2020: +8.684, vgl. Abbildung 1-8). Zahlenmäßig bildeten Syrien und Afghanistan im Jahr 2021 die größten Gruppen von Schutzsuchenden, etwa die Hälfte der Asylantragstellenden im Jahr 2021 kamen aus diesen beiden Herkunftsländern (52,7 %, vgl. hierzu ausführlich Kapitel 3.4.1.2). Der Wanderungssaldo gegenüber Indien (+21.224), der Türkei (+18.935) und dem Kosovo (+15.880) ist ebenfalls deutlich angestiegen.

Abbildung 1-8: Wanderungssaldo gegenüber ausgewählten Herkunft- und Zielländern in den Jahren 2020¹ und 2021



1) Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

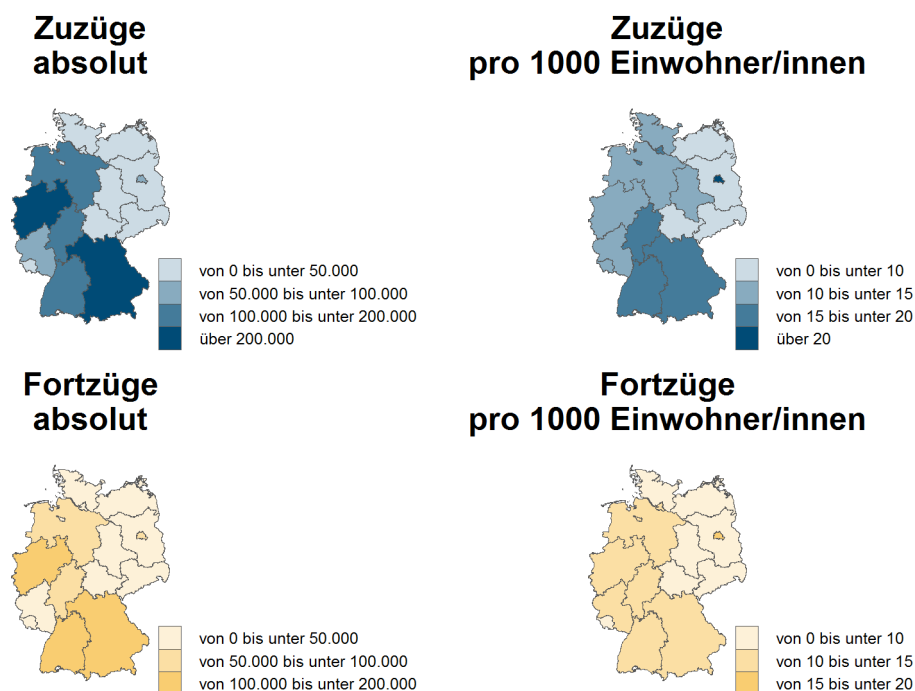
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich in 2021 für die meisten Herkunftsländer ein Anstieg des positiven Wanderungssaldos feststellen. Deutlich mehr Zu- als Fortzüge wurden unter anderem für die Herkunftsländer Irak (+15.246 2020: +7.082), Nordmazedonien (+10.809, 2020: +5.688) und Iran (+9.778, 2020: +5.701) verzeichnet. Höher fiel der Wanderungssaldo im Jahr 2021 auch gegenüber der Ukraine (+6.272, 2020: +4.529) und Pakistan aus (+5.545, 2020: +2.746). Der Wanderungssaldo gegenüber Bulgarien (+17.591, 2020: +22.757) und Italien (+7.260, 2020: +11.386) ist hingegen im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr gesunken, liegt aber immer noch im positiven Bereich, ebenso wie im Falle Kroatiens (+8.033, 2020: +4.162). Für Ungarn wurde in 2020 ein negativer Wanderungssaldo verzeichnet, in 2021 waren die Zu- und Fortzüge weitestgehend ausgeglichen (+765). Eine deutlich rückläufige und somit auch negative Nettomigration gab es im Falle des Vereinigte Königreichs (-1.691, 2020: +7.272). Weitere negative Wanderungssalden gab es 2021 auch für Österreich (-5.618, 2020: -2.967) und die Schweiz (-8.767, 2020: -5.443) (vgl. Abbildung 1-8). Im Falle der Schweiz und Österreichs ist der Wanderungsverlust insbesondere auf die Abwanderung deutscher Staatsangehöriger zurückzuführen (vgl. dazu Kapitel 3.2).

1.4 Migration nach Bundesländern

Bei einer Betrachtung des Migrationsgeschehens in Deutschland im Jahr 2021 differenziert nach einzelnen Bundesländern¹² zeigt sich, dass die höchsten Zuzugszahlen für Nordrhein-Westfalen mit 257.874 Zuzügen (2020: 227.316, +13,4 %) registriert wurden. Bayern hat 236.551 Zuzüge (2020: 208.217, +13,6 %) verzeichnet. Danach folgen Baden-Württemberg mit 199.702 Zuzügen (2020: 185.810, +7,5 %), Niedersachsen mit 128.077 (2020: 113.276, +13,1 %) und Hessen mit 114.278 Zuzügen (2020: 105.334, +8,5 %) (vgl. Karte 1-1).

Karte 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern im Jahr 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungstatistik und Bevölkerungsfortschreibung

Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl hatte im Jahr 2021 Berlin den höchsten Pro-Kopf-Zuzug, vor Bremen und Hamburg (vgl. Karte 1-1 sowie Tabelle 1-9 und Abbildung 1-23 im Anhang). Die niedrigsten Zuzugszahlen bezogen auf die Bevölkerung wiesen die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen auf. Die höchsten Abwanderungsquoten im Jahr 2021 wurden in Berlin, Bremen und Hessen, die niedrigsten in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet (vgl. Karte 1-1, Tabelle 1-10 und Abbildung 1-23 im Anhang).

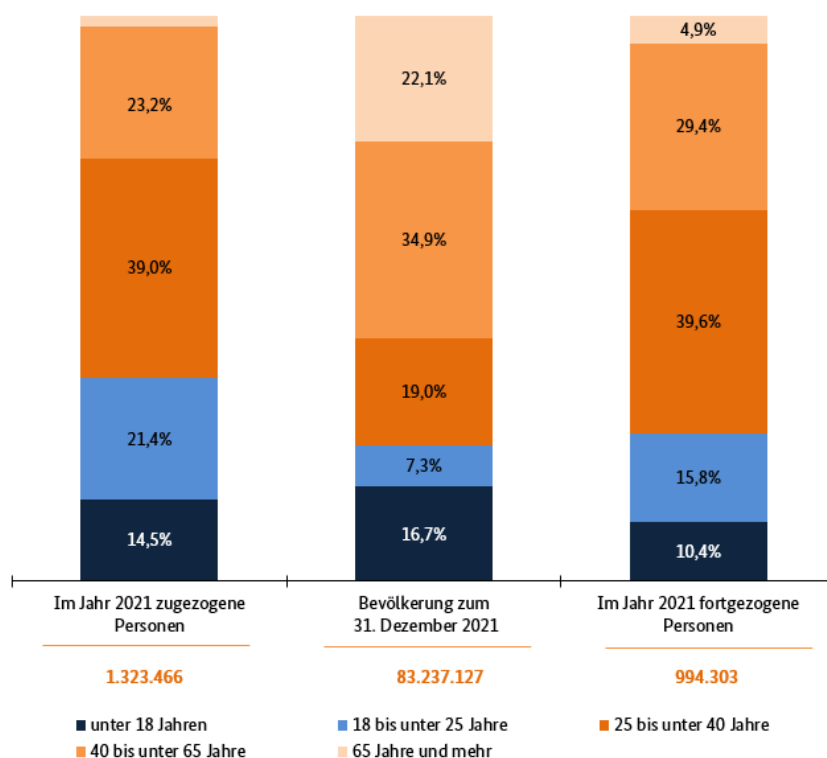
Alle Bundesländer wiesen im Jahr 2021 einen positiven Gesamtwanderungssaldo auf. Besonders deutliche Wanderungsüberschüsse wurden in Nordrhein-Westfalen (+53.660), Bayern (+52.362) und Baden-Württemberg (+42.032) registriert.

¹² Berücksichtigt werden nur Wanderungen über die Außengrenzen Deutschlands, d. h., Binnenwanderungen zwischen den Bundesländern bleiben unberücksichtigt.

1.5 Altersstruktur

Die Entwicklung der Bevölkerung eines Landes resultiert zum einen aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) und zum anderen aus der stattfindenden Migration. Dabei sind in soziodemografischer Hinsicht nicht nur die absoluten Zahlen der Zu- und Fortgezogenen von Bedeutung, sondern insbesondere deren Alters- und Geschlechtsstruktur. Abbildung 1-9 zeigt, wie sich die Zu- und Fortzüge im Jahr 2021 nach Alter zusammensetzten.

Abbildung 1-9: Altersstruktur der Zu- und Fortgezogenen über die Grenzen Deutschlands im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent im Jahr 2021



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungstatistik und Bevölkerungsfortschreibung

Die Altersstruktur der Zuzüge unterscheidet sich deutlich von derjenigen der Gesamtbevölkerung (deutsche und ausländische Staatsangehörige) (vgl. Abbildung 1-9 und Tabelle 1-12 im Anhang). Die Zugezogenen sind durch einen hohen Anteil von Personen jüngeren und mittleren Alters gekennzeichnet: Im Jahr 2021 waren fast drei Viertel (74,9 %) der Zuziehenden unter 40 Jahre alt; bei der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil dagegen bei nur 43,0 %. Bei den älteren Personen stellt sich die Situation umgekehrt dar: Nur 1,9 % der Zugezogenen waren 65 Jahre und älter gegenüber 22,1 % der Gesamtbevölkerung. In der jüngsten Altersgruppe (bis 18 Jahre) fallen die Unterschiede geringer aus. Zudem ist der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung höher als bei den Zugezogenen: Einem Anteil von 14,5 % bei den Zugezogenen stehen 16,7 % der Wohnbevölkerung gegenüber.

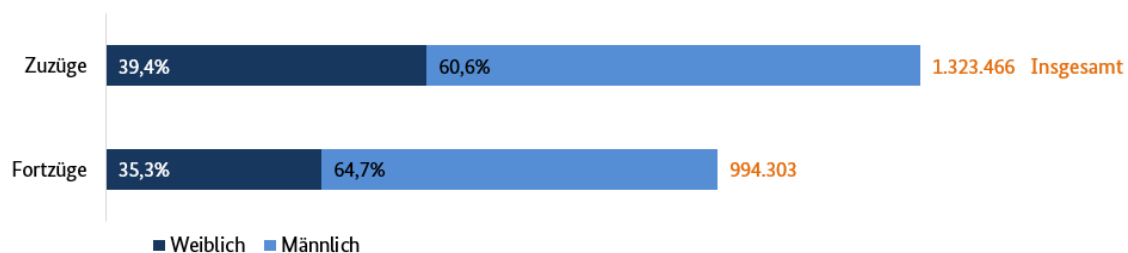
Bei den fortziehenden Personen zeigt sich folgendes Bild: Etwas mehr als zwei Drittel (65,8 %) der im Jahr 2021 Fortgezogenen waren jünger als 40 Jahre. Insgesamt ist der Anteil der jüngeren Personen bei den

Fortziehenden etwas geringer als bei den Zuziehenden. Die Altersstrukturen der wandernden Personen ähneln sich jedoch stark und unterscheiden sich zugleich deutlich von Bestandsbevölkerung, in der es höhere Anteile älterer Menschen gibt.

1.6 Geschlechtsstruktur

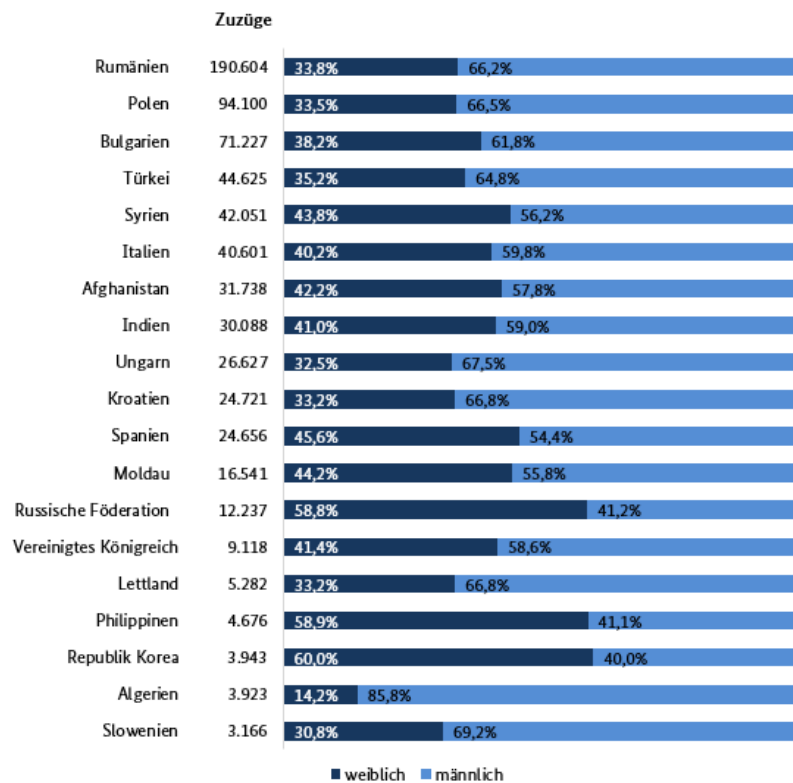
Der Anteil der weiblichen Personen ist sowohl bei den Zuzügen als auch bei den Fortzügen geringer als der Anteil der Männer und hat sich über die Zeit hinweg auf einem relativ konstanten Niveau gehalten. Er bewegt sich bei den Zuzügen seit dem Jahr 2000 zwischen 36 % und 43 % und bei den Fortzügen zwischen 34 % und 39 %. Von den zugezogenen Personen im Jahr 2021 waren 39,4 % weiblich. Der weibliche Anteil bei den Fortzügen nahm von 2010 bis 2016 kontinuierlich ab und ist seit 2017 fast konstant geblieben. Im Jahr 2021 lag er bei 35,3 % (vgl. Abbildung 1-10 und Tabelle 1-13 im Anhang).

Abbildung 1-10: Geschlechterverteilung bei den Zu- und Fortzügen im Jahr 2021 (deutsche und ausländische Staatsangehörige)



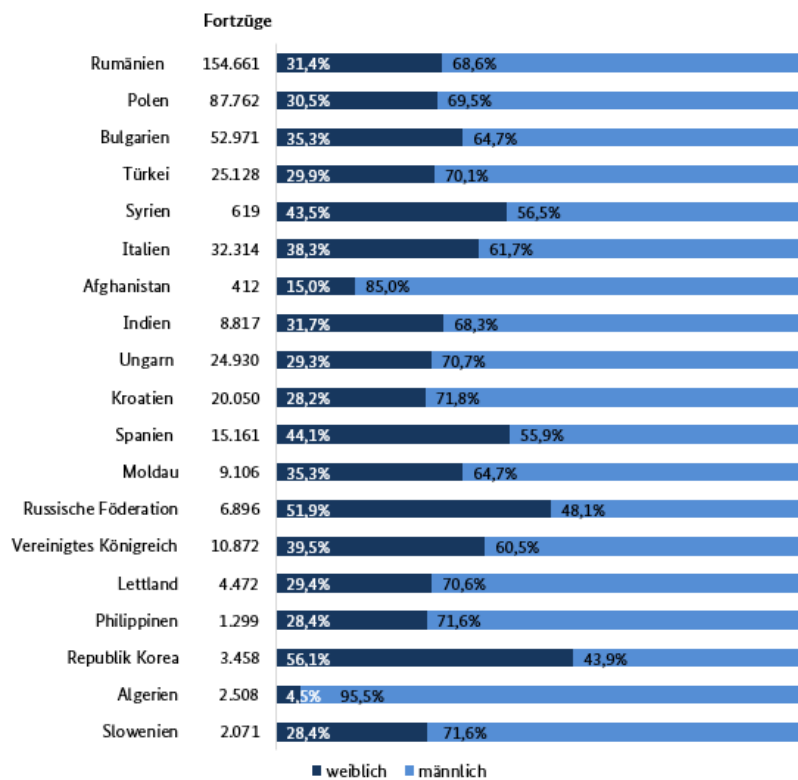
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-11: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht und ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2021, absolut und in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-12: Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht und ausgewählten Ziel-ländern im Jahr 2021, absolut und in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Betrachtet man die Geschlechterverhältnisse einzelner Herkunftsländer im Jahr 2021, so zeigt sich, dass einige Länder durch einen überproportional hohen weiblichen bzw. männlichen Anteil an den Zuzügen gekennzeichnet sind. Herkunftsländer, die einen hohen Anteil an weiblichen Personen an den ausländischen Zugezogenen aufweisen, sind Thailand (76,1 %), Republik Korea (60,0 %) und die Philippinen (58,9 %), dicht gefolgt von der Russischen Föderation mit 58,8 %. Hingegen ist die Zuwanderung aus den Herkunftsländern Algerien (85,8 %), Slowenien (69,2 %) und Ungarn (67,5 %) stark männlich geprägt (vgl. Abbildung 1-11 und Abbildung 1-12 sowie Tabelle 1-13 im Anhang). Bei den Fortzügen zeigen sich ähnliche Ländermuster, wobei die Philippinen hier abweichend einen unterdurchschnittlichen Frauenanteil aufweisen.

1.7 Wanderungen auf Basis des Ausländerzentralregisters

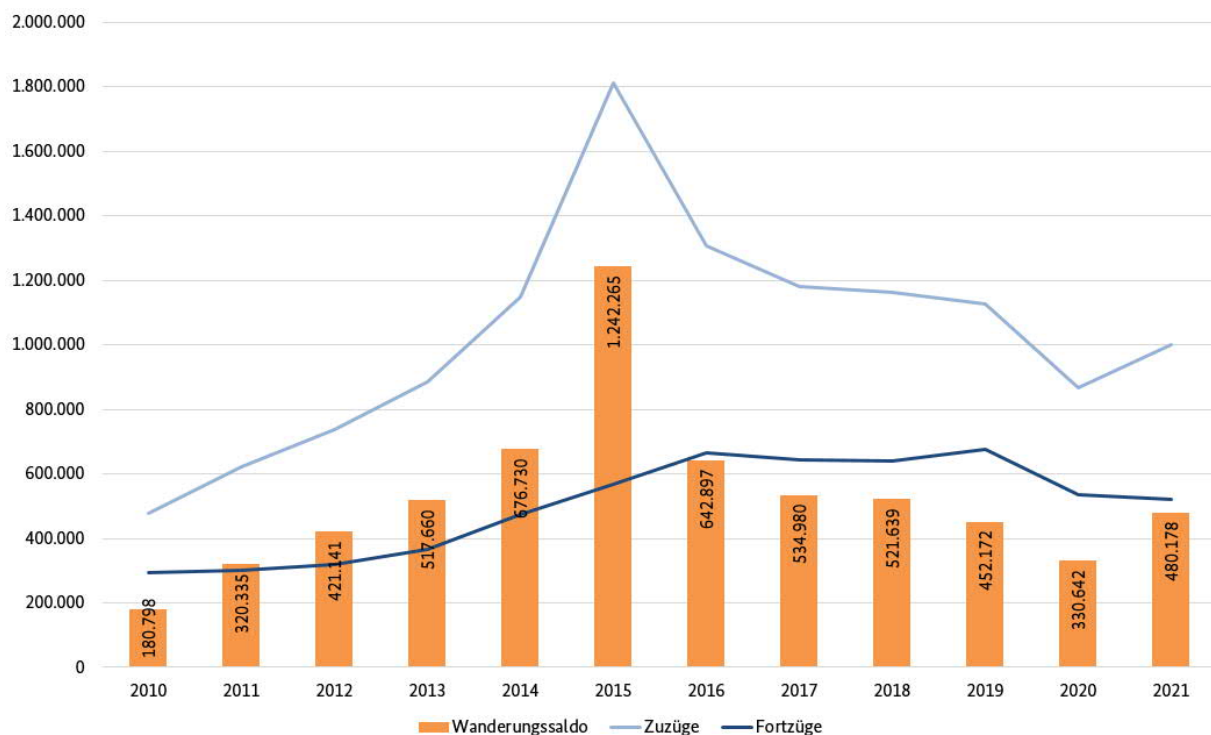
In diesem Kapitel wird das Migrationsgeschehen für ausländische Staatsangehörige auf der Datenbasis des AZR dargestellt.¹³ Im AZR werden – im Gegensatz zur Wanderungsstatistik – neben personenbezogenen Angaben auch die rechtlichen Grundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen (Aufenthaltszwecke) nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erfasst. EU-Staatsangehörige sind zwar ebenfalls im AZR registriert, jedoch mit geringerem Informationsumfang.¹⁴

Die Zuzüge nach Deutschland stiegen ab 2010 kontinuierlich und im Jahr 2015 wurde mit 1,8 Millionen Zuzügen die bisher höchste entsprechende Zahl im AZR verzeichnet. Danach nahmen die Wanderungen nach Deutschland bis 2020 wieder sukzessive ab. 2021 wurden im AZR 999.370 Zuzüge verzeichnet, dies entspricht einem Anstieg um 15,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der im AZR registrierten Fortzüge ging im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr von 536.569 auf 519.192 (-3,2 %) zurück. Für 2021 wurde somit ein Wanderungssaldo von +480.178 Personen verzeichnet. In 2020 lag der Saldo mit +330.642 Personen deutlich niedriger. Somit lassen sich anhand des AZR ähnliche Tendenzen des Migrationsgeschehens in Deutschland verzeichnen wie anhand der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes, auch wenn sich die absoluten Zahlen methodisch bedingt voneinander unterscheiden (vgl. Kapitel 1.1).

¹³ Für die in diesem Kapitel enthaltenen Daten wurde das AZR zum Abfragezeitpunkt 31. März 2022 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2021 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2022 im AZR registriert wurden. In der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration – Jahresbericht 2021“ steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen Fälle, in denen die Betroffenen zwar im Jahr 2021 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2022 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, nicht berücksichtigt werden. Gleichzeitig sind hier auch Personen enthalten, die bereits vor dem Jahr 2021 eingereist sind und im Berichtsjahr einen (anderen) Aufenthaltstitel erhalten haben. Die Daten sind somit aufgrund der unterschiedlichen Auswertungslogiken nicht miteinander vergleichbar.

¹⁴ Personenbezogene Daten von EU-Staatsangehörigen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, dürfen nur dann im Register gespeichert und genutzt werden, wenn diese Daten für die Anwendung aufenthaltsrechtlicher Vorschriften durch die hierfür zuständigen Behörden erforderlich sind, vgl. auch Urteil des EuGHs, Rs. C-524/06, siehe § 2 Abs. 3 AZRG.

Abbildung 1-13: Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen seit 2010¹



1) Zuzüge ohne im Inland geborene ausländische Kinder. Fortzüge ohne Sterbefälle.

Quelle: Ausländerzentralregister

1.7.1 Zuwanderung nach Aufenthaltszwecken

Im AZR werden seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes¹⁵ am 1. Januar 2005 auch die Rechtsgrundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen erfasst. Dadurch können die erteilten Aufenthaltstitel für zugewanderte Drittstaatsangehörige differenziert nach dem aufenthaltsrechtlichen Status dargestellt werden, was im Rahmen der Wanderungstatistik des Statistischen Bundesamtes nicht möglich ist.

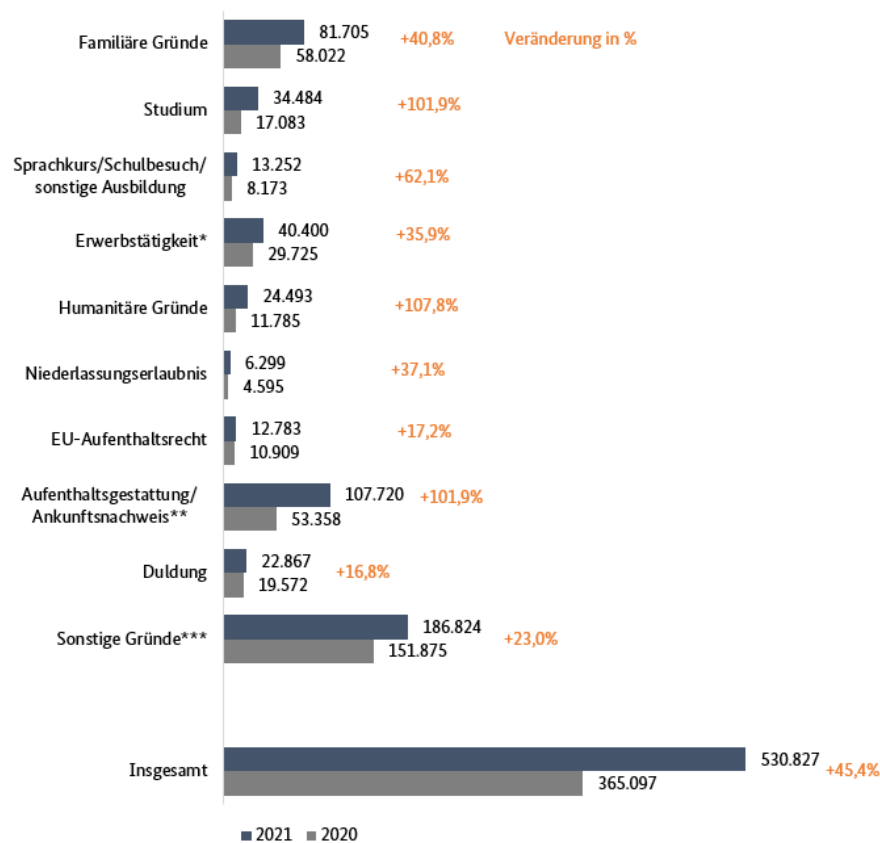
2021 wurden 530.827 Zuzüge von Drittstaatsangehörigen verzeichnet, also von Personen, die nicht EU-Staatsangehörige sind. Ihr Anteil an der Gesamtzuwanderung von 999.370 ausländischen Personen beträgt damit 53,1 %. Im Jahr 2020 sind nach dem AZR insgesamt 867.211 Personen nach Deutschland zugewandert, darunter 365.097 Drittstaatsangehörige (42,1 %). Sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil der Zuzüge von Drittstaatsangehörigen sind somit im Jahr 2021 gestiegen.

Die Zuwanderungszahlen des AZR liegen in der Regel etwa 10 % bis 20 % unter denen in der Wanderungstatistik des Statistischen Bundesamtes. Im Jahr 2021 wurden dort rund 1,14 Millionen Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen registriert (vgl. Kapitel 1.2). Ein Grund für diese unterschiedlichen Zahlen ist, dass Personen im AZR erst dann registriert werden, wenn sie sich nicht nur vorübergehend in Deutschland, d. h. in der Regel länger als 3 Monate, in Deutschland aufhalten. In der auf melderechtlichen Vorgaben basierenden Wanderungstatistik werden auch kürzere Aufenthalte abgebildet. Zudem werden Daten

¹⁵ BGBl 2004 Teil I Nr. 41: 1950.

von Personen, die mehrmals im Jahr zu- und fortziehen, nur einmal im AZR erfasst (Personenstatistik), anders als in der fallbasierten Wanderungsstatistik.

Abbildung 1-14: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen in den Jahren 2020 und 2021 nach Aufenthaltstiteln, Aufenthaltsgestattung und Duldung



*) Die in Kapitel 3.2 dargestellten Daten zu Erwerbsmigration enthalten die Niederlassungserlaubnisse im Bereich Beschäftigung. Diese sind in dieser Abbildung in die Niederlassungserlaubnisse insgesamt inkludiert, daher ergeben sich numerische Unterschiede.

**) Ab dem Berichtsjahr 2021 werden Aufenthaltsgestattung und Ankunftsnachweis gemeinsam ausgewiesen, im Migrationsbericht 2020 wurden Personen mit einem Ankunftsnachweis noch unter der Kategorie „sonstige Gründe“ ausgewiesen. Die Werte für das Jahr 2020 wurden in dieser Darstellung nachrichtlich angepasst. Bei einem Ankunftsnachweis handelt es sich um die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende (§ 63a AsylG).

***) Darunter fallen unter anderem Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben oder vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.

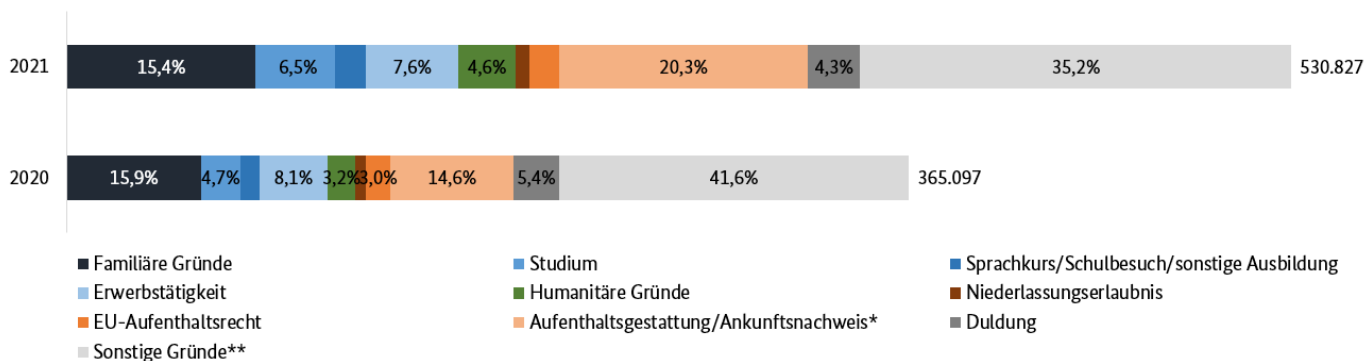
Quelle: Ausländerzentralregister

Die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen ist im zweiten Pandemiejahr 2021 insgesamt um 45,4 % gestiegen. Bei einem Blick auf die einzelnen aufenthaltsrechtlichen Status von Drittstaatsangehörigen zeigt sich, dass in allen Bereichen wieder ein Anstieg zu beobachten ist, besonders stark bei den Aufenthaltstiteln für ein Studium, für humanitäre Aufenthalte und im Bereich Aufenthaltsgestattung/Ankunftsnachweis.

15,4 % der Drittstaatsangehörigen, die im Jahr 2021 zugezogen sind, reisten aus familiären Gründen nach Deutschland ein (2020: 15,9 %; vgl. Abbildung 1-15). Bei dieser Migrationsform handelt es sich überwiegend um eine auf Dauer angelegte Zuwanderung. 20,3 % der zugewanderten Drittstaatsangehörigen im Jahr 2021 erhielten eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung eines Asylverfahrens oder einen Ankunftsnachweis. Die Aufenthaltsgestattung berechtigt Asylbewerberinnen und Asylbewerber, in Deutschland zu bleiben, bis ihr Asylverfahren abgeschlossen ist. Bei einem Ankunftsnachweis handelt es sich um

die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende (§ 63a AsylG). 7,6 % der 2021 zugewanderten Personen haben einen Titel zur Erwerbstätigkeit erhalten (2020: 8,1 %). 9,0 % der eingereisten Personen aus Drittstaaten waren Studierende, besuchten eine Schule bzw. einen Sprachkurs oder absolvierten einen sonstigen Ausbildungsgang (2020: 6,9 %). Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit oder der Ausbildung (dazu zählt auch ein Studium) sind in der Regel zunächst zeitlich befristet. Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit können verlängert werden, diese Möglichkeit wird auch häufig genutzt. Zudem können Drittstaatsangehörige nach dem Abschluss ihres Studiums an einer deutschen Hochschule einen Aufenthaltstitel zur Arbeitssuche für 18 Monate erhalten (§ 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG) (vgl. ausführlicher Kapitel 3.3.2). Darüber hinaus haben 4,6 % der eingereisten Drittstaatsangehörigen einen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen bekommen (2020: 3,2 %), an 4,3 % wurde eine Duldung erteilt (2020: 5,4 %).

Abbildung 1-15: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen in den Jahren 2020 und 2021 nach Aufenthaltstiteln, Aufenthaltsgestattung und Duldung



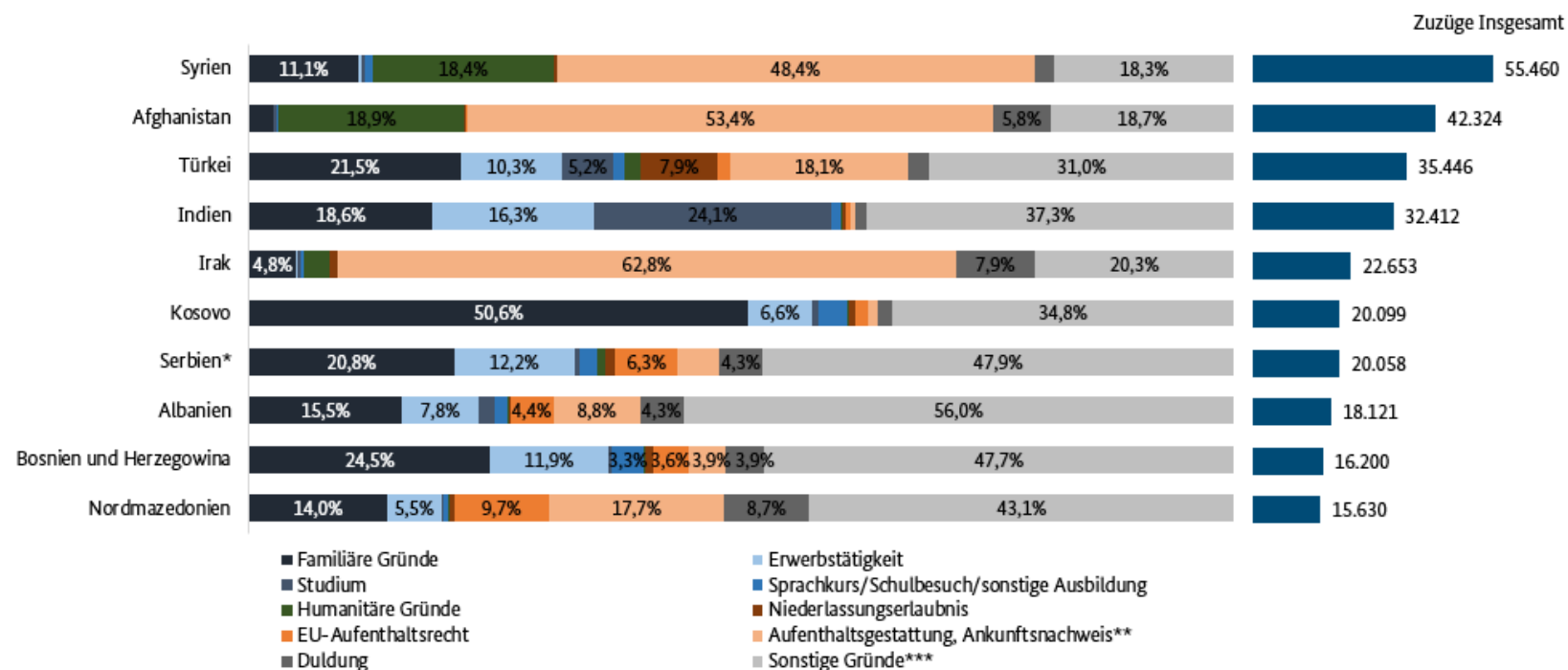
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

*) Ab dem Berichtsjahr 2021 werden Aufenthaltsgestattung und Ankunftsnachweis gemeinsam ausgewiesen, im Migrationsbericht 2020 wurden Personen mit einem Ankunftsnachweis noch unter der Kategorie „sonstige Gründe“ ausgewiesen. Die Werte für das Jahr 2020 wurden in dieser Darstellung nachrichtlich angepasst. Bei einem Ankunftsnachweis handelt es sich um die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende (§ 63a AsylG).

**) Darunter fallen unter anderem Personen, die einen sonstigen Aufenthaltstitel innehaben, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben oder vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.

Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 1-16: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2021 nach Aufenthaltstiteln, Aufenthaltsgestattung und Duldung sowie ausgewählten Staatsangehörigkeiten



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

**) Ab dem Berichtsjahr 2021 werden Aufenthaltsgestattung und Ankunftsachweis gemeinsam ausgewiesen, im Migrationsbericht 2020 wurden Personen mit einem Ankunftsachweis noch unter der Kategorie „sonstige Gründe“ ausgewiesen. Die Werte für das Jahr 2020 wurden in dieser Darstellung nachrichtlich angepasst. Bei einem Ankunftsachweis handelt es sich um die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende (§ 63a AsylG).

***) Darunter fallen unter anderem Personen, die einen Aufenthaltstitel aus sonstigen Gründen haben, einen Aufenthaltstitel beantragt haben oder vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.

Quelle: Ausländerzentralregister

Differenziert nach Staatsangehörigkeit bilden Personen aus Syrien die größte Zuwanderungsgruppe von Drittstaatsangehörigen mit 55.460 Zuzügen im Jahr 2021. 18,4 % der syrischen Staatsangehörigen erhielten einen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen. 11,1 % zogen aus familiären Gründen zu und weitere 48,4 % erhielten eine Aufenthaltsgestattung oder einen Ankunftsnaachweis. Von den 42.324 in 2021 zugewanderten afghanischen Staatsangehörigen haben einen 18,9 % Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen erhalten, 53,4 % eine Aufenthaltsgestattung oder einen Ankunftsnaachweis. Bei türkischen Staatsangehörigen als drittgrößter Gruppe überwiegt mit 21,5 % der Familiennachzug, 18,1 % erhielten eine Aufenthaltsgestattung oder einen Ankunftsnaachweis. Bei neu zugewanderten indischen Staatsangehörigen hat die Bildungs- und Erwerbsmigration ein großes Gewicht: Bei einer Gesamtzuwanderung von 32.412 Personen in 2021 haben 24,1 % einen Aufenthaltstitel zu Studienzwecken erhalten. Der Anteil der Erwerbsmigration betrug 16,3 % und 18,6 % der zugewanderten indischen Staatsangehörigen sind aus familiären Gründen nach Deutschland zugezogen (vgl. Abbildung 1-16 sowie Tabelle 1-14 im Anhang).

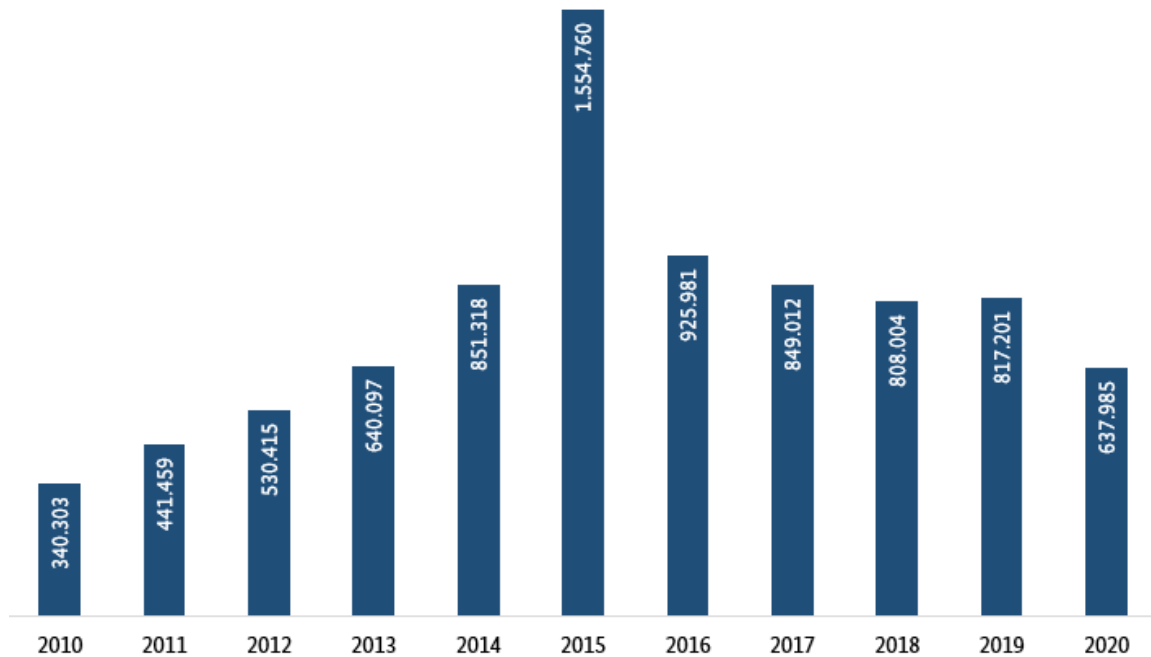
Indische, chinesische sowie Staatsangehörige aus den Westbalkanstaaten sind durch einen hohen Anteil von Zugewanderten im Bereich der Erwerbsmigration gekennzeichnet. Im Falle der Westbalkanstaaten ist dies auf die im Oktober 2015 in die Beschäftigungsverordnung aufgenommene und zum 1. Januar 2021 in modifizierter Form verlängerte Regelung zurückzuführen, wonach für Staatsangehörige von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien in den Jahren 2016 bis 2023 unter bestimmten Bedingungen unabhängig von ihrer Qualifikation eine Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden kann (§ 26 Abs. 2 BeschV, sogenannte Westbalkanregelung). Die Verlängerung dieser Regelung ab dem 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2023 erfolgte unter anderem unter Ergänzung einer Kontingentierung der Zustimmungen auf 25.000 pro Kalenderjahr. Diese Möglichkeit der Erwerbsmigration wird häufig in Anspruch genommen (vgl. Kapitel 3.2.8). Zudem ist im Falle des Kosovo (50,6 %) der Anteil des Familiennachzugs vergleichsweise hoch.

1.7.2 Längerfristige Zuwanderung

Auf Basis des AZR lassen sich auch Aussagen über die Aufenthaltsdauer von zugewanderten Personen treffen. Im Folgenden werden die ausländischen Staatsangehörigen betrachtet, die in den Jahren 2010 bis 2020 eingereist sind und sich mindestens 1 Jahr im Bundesgebiet aufhielten.¹⁶

¹⁶ Zahlen zur längerfristigen Zuwanderung für das Jahr 2021 liegen erst 2023 vor, da erst zum Jahresende 2021 für alle Personen, die 2021 zugewandert sind, festgestellt werden kann, ob diese sich mindestens 1 Jahr in Deutschland aufgehalten haben.

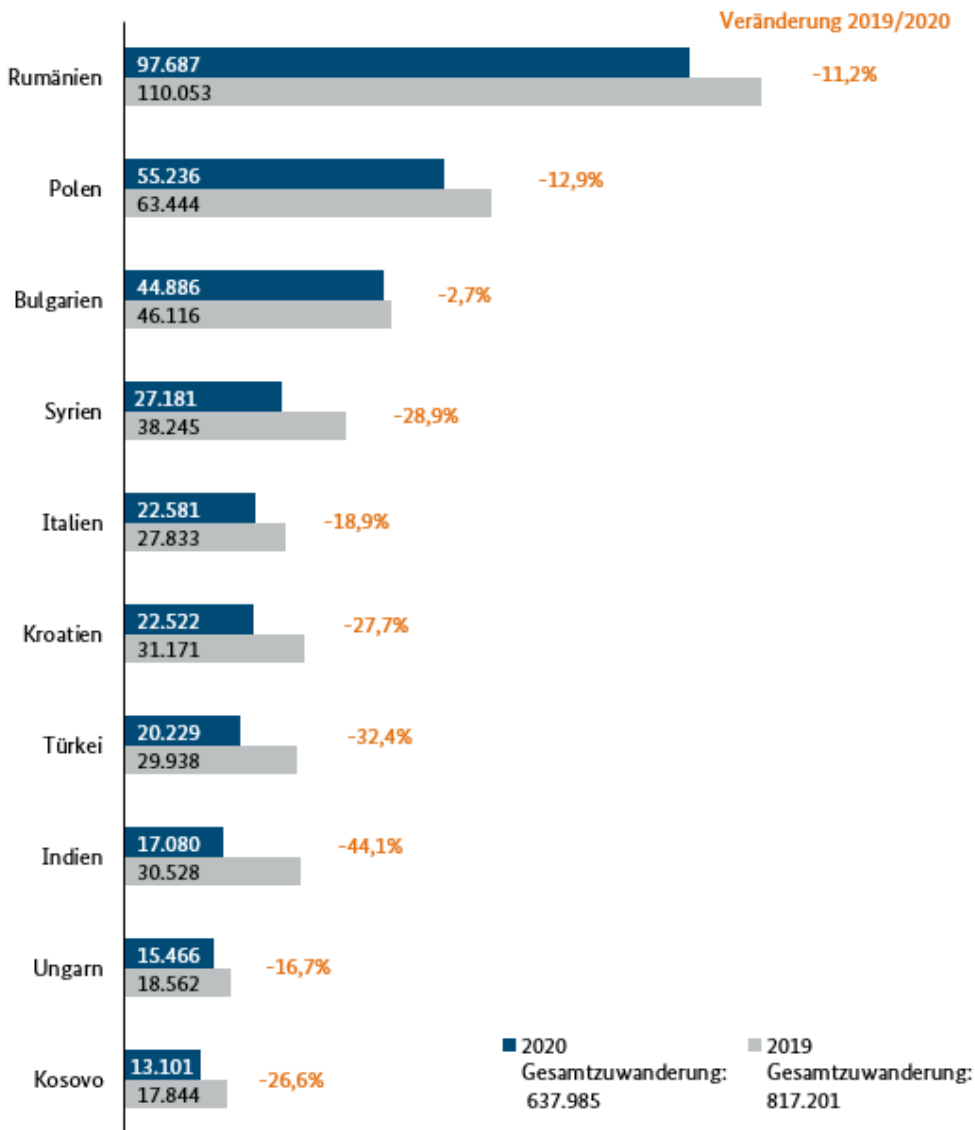
Abbildung 1-17: Ausländische Staatsangehörige, die von 2010 bis 2020 zugewandert sind, mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Für das Jahr 2020 verzeichnete das AZR 637.985 Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger, die anschließend mindestens 1 Jahr in Deutschland lebten. Die Zahl ist im Vergleich zum Jahr 2019, in dem 817.201 dieser Personen gezählt wurden, zurückgegangen (-21,9 %).

Abbildung 1-18: Zuzüge mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

15,3 % bzw. 97.687 Personen, die 2020 zugezogen sind und sich länger als 1 Jahr in Deutschland aufhielten, waren rumänische Staatsangehörige. Diese Zahl hat zwischen 2019 und 2020 um 11,2 % abgenommen. Die Zahl der längerfristigen Zuzüge polnischer Staatsangehöriger ist um 12,9 % zurückgegangen. Bei Staatsangehörigen aus Bulgarien wurde ein Rückgang um 2,7 % verzeichnet. Bei syrischen Staatsangehörigen wurde ebenfalls ein Rückgang der längerfristigen Zuzüge registriert (-28,9 %), ebenso bei Italien (-18,9 %) und Kroatien (-27,7 %) (vgl. Abbildung 1-18 und Tabelle 1-15 im Anhang).